

Wirtschaft steht über (fast) allem.

Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser über das Selbstverständnis der Deutschen.

Nichts hat den westdeutschen Staat stärker geprägt als seine wirtschaftliche Entwicklung. Auf keinem anderen Gebiet sind seine Leistungen greifbarer als dort: Ihnen verdankt die zweite deutsche Republik (West) jene Stabilität und Handlungsfreiheit, die der Republik von Weimar fehlten. Um des west-europäischen Wiederaufbaus willen gegründet, ist die Bundesrepublik mit ihrer Wirtschaft groß geworden. Aber auch der aus der sowjetischen Besatzungszone hervorgegangene zweite deutsche Staat hatte sein Schicksal von Anfang an eng mit der Verheißung wirtschaftlichen Erfolgs verknüpft. Materielle Errungenschaften standen nicht nur im Mittelpunkt der selbst gesetzten ideologischen Ziele. Sie wurden zum entscheidenden Kriterium des Wettbewerbs der Gesellschaftssysteme im Ost-West-Vergleich. Und so wundert es nicht, daß die DDR schließlich nicht zuletzt an ihren wirtschaftlichen Problemen scheiterte.

Die westdeutsche Bundesrepublik glich dagegen lange einer erfolgreichen Wirtschaft auf der Suche nach ihrem politischen Daseinszweck. Die Wirtschaft schuf nicht nur die materielle Grundlage für die Entfaltung stabiler Formen der Demokratie im Inneren und für die internationale Resozialisierung der Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches. Sie wurde auch zum Vehikel der 'nationalen' Identifikation der Westdeutschen oder wenigstens ihres staatlichen Selbstverständnisses. Aus der Perspektive von 1945 betrachtet war

dies eine überraschende Wendung, schien doch gerade die *materielle* Not unüberwindlich. Vor diesem Hintergrund haben die wirtschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik schon bald alles weit übertroffen, was sich ihre Bürger in den ersten Jahren nach der Katastrophe erhofft und ausländische Beobachter, je nach Standort, erwartet oder befürchtet hatten. Der Weg, den die Bundesrepublik zur Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme einschlug, hat seit den fünfziger Jahren im In- und Ausland große Beachtung gefunden. Vor allem die Deutschen selbst sahen sich auf einem Sonderweg krisenfreier kapitalistischer Entwicklung, der mit der Wirtschaftsreform von 1948 und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft beschriftet wurde.

Von außen gesehen reduzierte sich das westdeutsche 'Wirtschaftswunder' zunächst auf ein pragmatisches Zusammenspiel von Glück, deutscher Tüchtigkeit und harter Arbeit. Soziale Marktwirtschaft war kein Exportartikel der fünfziger Jahre. Als jedoch in den späten sechziger Jahren das Wort von der 'Unregierbarkeit' der Industriestaaten die Runde machte und sich in den westlichen Demokratien der gesellschaftliche Interessenausgleich immer schwieriger gestaltete, rückte das 'Modell Deutschland' auch dort stärker ins Blickfeld. Seine Bewährungsprobe auf dem internationalen Parkett bestand es in den siebziger Jahren, als es sich gegen die Krise der Weltwirtschaft deutlich besser gewappnet zeigte als andere, vergleichbare Volkswirtschaften und der deutsche Bundeskanzler vor dem Forum der G 7-Staaten in die Rolle des „Weltökonom“ hineinwuchs. Noch Anfang der neunziger Jahre entwickelte das Markenzeichen „Rheinischer Kapitalismus“ einen Charme, dem nicht nur im Ausland viele Beobachter erlagen. Gerade die historisch gewachsenen Besonderheiten der deutschen Wirtschaftsorganisation schienen eine bis dahin eher seltene Kombination von wirtschaftlicher und sozialer Überlegenheit zu garantieren. Es war nicht allein die (vorübergehende) Dynamik des „Wirtschaftswunders“, die zu dieser positiven Einschätzung beitrug. Gewiß, in Westdeutschland sicherte der wirtschaftliche Erfolg der frühen Jahre die materielle Basis für jenen

satten Grundkonsens, der den Interessenausgleich der sozialen Gruppen untereinander erleichterte. Aber verdankte Deutschland nicht auch gerade seinen tief verwurzelten Institutionen wie der Bereitschaft der Akteure zum Konsens und ihrer Fähigkeit zur Soziabilität den wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftliche Stabilität?

Die Vorherrschaft des Wirtschaftlichen in der deutschen Nachkriegsgeschichte läßt sich keineswegs auf die Zeit des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswunders eingrenzen. Wirtschaftliche Probleme bestimmen auch heute noch weitgehend die öffentliche Debatte. In mancher Hinsicht sogar mehr denn je. Schien die Gewißheit überschaubarer Realitäten des Wirtschaftlichen lange geeignet, Unsicherheiten im politischen und kulturellen Selbstverständnis der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu kompensieren, wird heute auch und gerade die Wirtschaft in die Identitätskrise der Deutschen mit einbezogen. Selbst die nationale Frage, die – für alle überraschend – eine glückliche Lösung gefunden hat, bestimmt nun im wirtschaftlichen Gewand erneut die Tagesordnung. Die gewaltigen Kosten der Vereinigung drohen auf Jahre hinaus die wirtschaftliche und politische Handlungsfreiheit der Nation einzuschränken. Ihr Ertrag bleibt solange ungewiß, bis es gelingt, die volle Funktionsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsmodells wieder herzustellen und auf ganz Deutschland zu erstrecken. Obwohl die Notwendigkeit derartiger Reformen bereits Anfang der achtziger Jahre feststand, ist ihre Realisierung durch die Vereinigung eher verzögert denn beschleunigt worden. Es gehört vielmehr zu den verblüffenden Erkenntnissen, daß die Reformproblematik, die heute die politische Agenda bestimmt, den Fachleuten in Regierung und Wissenschaft seit mehr als zwanzig Jahren bewußt ist, ohne daß dies nennenswerte Konsequenzen nach sich gezogen hätte. Allein dies macht deutlich, wie schwer die Aufgabe ist, die Akteure des „Rheinischen Kapitalismus“ auf die Spielregeln dieses komplexen Modells korporativer Marktwirtschaft zu verpflichten, das nur im Zusammenspiel aller Rollen sein großes Effizienz-potential entfaltet.

Auch in Europa definiert Deutschland seinen Platz heute eher wirtschaftlich denn politisch oder kulturell. Das war nicht immer so. Vor allem die Entstehungsgeschichte der Römischen Verträge macht deutlich, wie wenig funktionale wirtschaftliche Sachzwänge und wie viel grundsätzliche politische Entscheidungen dazu beigetragen haben, die Weichen für den Weg in die Europäische Integration zu stellen. Nicht wirtschaftliches Nutzenkalkül hat die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herbeigeführt, sondern die Notwendigkeit einer politischen Antwort auf existentielle Fragen der Sicherheit und der Autonomie vor drohender Fremdbestimmung. Diese Einsicht ist notwendig, um den Kern der europäischen Frage nicht aus den Augen zu verlieren. Wenn die Europäer ihre politische, wirtschaftliche und kulturelle Identität bewahren wollen, sollten sie nicht allein auf die integrative Kraft des Binnenmarktes vertrauen. Mehr noch als in den sechziger Jahren setzt heute die Weltwirtschaft den Bezugsrahmen wirtschaftlicher Entscheidungen und zählt die (globale) wirtschaftliche Entwicklung eher zu den Fliehkräften der europäischen Integration. Anlaß, um in diesem Prozeß auf europapolitisch heilsame funktionale Sachzwänge zu spekulieren, gibt es heute weniger denn je. Währungsunion und Osterweiterung haben zwar die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Integration Europas dramatisch verändert, die Grundfrage der politischen Einheit aber offen gelassen. Wenig spricht dafür, sie ließe sich in einem größeren Europa, das nun sogar im Begriff ist, den historisch gewachsenen Kreis europäischer Kultur und Eigenart zu überspringen, leichter lösen. Für die Welthandelsnation Deutschland stellt sich dabei die Frage, ob sie in einer Synthese europäischer Wirtschaftsmacht aufgehen will, oder aber im größeren Binnenmarkt nur die Basis für die Realisierung eigener, nationaler wirtschaftlicher und politischer Zielsetzungen sieht. Dabei wird es keine geringe Rolle spielen, ob sie bereit ist – und es sich leisten kann – eigene Stärken, d.h. vor allem die komparativen institutionellen Vorteile ihres sozialen Produktions-systems auf dem Altar europäischer Integration zu opfern oder ob sie in der Lage ist, ihre

Wettbewerbskraft möglichst weitgehend in den Dienst europäischer Selbstfindung zu stellen. Die Konsequenzen dieser Entscheidung sprengen das engere wirtschaftliche Nutzenkalkül und werden weitgehend darüber bestimmen, auf welche Art und Weise wir künftig in Deutschland und Europa leben und arbeiten werden.

Es hat lange gedauert, bis diese und andere Lehren der Wirtschaftsgeschichte leidenschaftslos erörtert werden konnten. Die Tatsache, daß die Wirkungen des Marshallplans nicht in erster Linie und auf direktem Wege ökonomischer Art waren, minderte unter den besonderen Rahmenbedingungen des westeuropäischen Wiederaufbaus nicht seine historische Bedeutung, wohl aber seine Übertragbarkeit auf Entwicklungsprobleme im Allgemeinen. Kaum jemand, der heute nach einem „Marshallplan“ für Afrika, Mittelasien oder den Balkan ruft, hat dessen innere Mechanik wirklich verstanden. Die deutsche Wirtschaft war 1945 zusammengebrochen und desorganisiert, aber ganz und gar nicht „unterentwickelt“.

Wer die Währungsreform von 1948 zu Recht nicht hinreichend findet, um das „Wirtschaftswunder“ zu erklären, bestreitet noch lange nicht ihre Notwendigkeit, bewahrte sich aber vor groben Fehleinschätzungen der Wirkung der deutsch-deutschen Währungsunion, wie sie 1990 in politischen Kreisen Westdeutschlands gang und gäbe waren. Über das Wesen der sozialen Marktwirtschaft zu philosophieren, fällt nach wie vor leichter als ihre konkreten Inhalte auszuloten. Hier gibt es noch viele weiße Flecken im kollektiven Gedächtnis der Deutschen, auch wenn die soziale Marktwirtschaft als wirtschaftspolitisches Lippenbekenntnis oder als Antidot gegen eine weltweite Renaissance radikal-liberaler Rezepte selbst bei ihren früheren Kritikern immer populärer wird. Man mag die Rückkehr Westdeutschlands zu den Spielregeln korporativer Interessenpolitik und Marktwirtschaft, wie sie während der Koreakrise der frühen fünfziger Jahre stattfand, aus doktrinär-liberaler Sicht verdammen oder aus pragmatischer Sicht gut heißen, an der Tatsache selbst läßt sich nicht vorbeisehen.

Andere Ergebnisse, die die Forschung präsentiert hat, haben inzwischen Schopenhauers Gesetz bestätigt. Danach ist jeder Erkenntnis nur ein kurzes Siegesfest beschieden - zwischen zwei langen Zeiträumen, wo sie als paradox verdammt und als trivial gering geschätzt wird. Oder würde heute noch jemand bestreiten, daß die Vorstellung einer Stunde Null, einer wirtschaftlichen *tabula rasa* als Folge des Bombenkrieges falsch gewesen ist? Man mag über das Ausmaß des Rekonstruktionseffektes streiten, nicht aber über die Wirkung besonderer Wachstumsbedingungen an sich. Sie prägten die wirtschaftliche Entwicklung in den langen fünfziger Jahren und ließen sich später nicht mehr reproduzieren. Weder war das deutsche Produktionspotential zerstört (anders als die Wohnviertel der Städte, auf die der mörderische Luftkrieg zielte), noch veraltet oder technologisch unterlegen: im Gegenteil. Heute erscheinen diese Erkenntnisse im schopenhauerschen Sinne (fast) „trivial“, zum Verständnis der Nachkriegsgeschichte aber nach wie vor unverzichtbar.

Aus heutiger Sicht kommen neue Fragen hinzu. Etwa die nach den Möglichkeiten und Grenzen national-staatlicher Wirtschaftspolitik, nach der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf einem Weltmarkt der wachsenden Konkurrenz oder nach der Pfadabhängigkeit des sozialen Systems der Produktion. Oder die Analyse der Gründe für das Scheitern der DDR-Wirtschaft. Dabei gilt es, der Versuchung zu widerstehen, die Jahre der Teilung mit einer synthetischen Gesamtsicht zu überbrücken. Es gibt keinen Weg vorbei an der Erkenntnis, daß es von 1947 bis 1990 keine Einheit der „deutschen Wirtschaft“ gegeben hat. Die Wirtschaft der DDR verdient eine eigene Betrachtung, die ihren spezifischen Bedingungen und Absichten gerecht wird. Allerdings fließt wenig von dem, was die ökonomische Eigenart der DDR einst ausgemacht hat, heute in die Substanz der deutschen Wirtschaft. Sie ist nur insoweit zu berücksichtigen, als sie zum Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland geschichts-mächtig wurde und für die

Perspektive der deutschen Wirtschaft nach der Vereinigung weiter relevant bleibt.

Die Frage, was wir aus der Wirtschaftsgeschichte lernen, ist nicht leicht zu beantworten. Fest steht, daß jedes der derzeit umstrittenen Reformfelder seine eigene historische Dimension hat, von der mentalen Prägung seiner Akteure lebt und in der Abhängigkeit seines institutionellen Pfades steht. Wer diese Einbettung akuter Problemlagen in ihren jeweiligen räumlichen, zeitlichen und sozialen Zusammenhang vernachlässigt, bringt jeden Reformansatz in die Gefahr zu scheitern. Historische Analyse ist auch unverzichtbar, um scheinbar allgemein-gültige Aussagen auf ihre empirische Relevanz zu überprüfen. Populäre Stereotypen der wirtschaftlichen Reformdebatte, wie etwa, die Arbeit sei „zu teuer“ geworden, um den Arbeitsmarkt zu räumen, werden ohne Berücksichtigung des historischen Bezugsrahmens, in dem die Massenarbeitslosigkeit entstanden ist, zu sinn- und haltlosen theoretischen Etuden. Könnten derartige Argumente allgemeine Gültigkeit beanspruchen, wären Entwicklungsländer in der Lage, ihre Rückständigkeit abzustreifen wie Schlangen ihre Haut und müßte etwa die prekäre „Vollbeschäftigung“ in den Barrios von Caracas als Indikator für gesunde wirtschaftliche Verhältnisse gelten. Weil dem offensichtlich nicht so ist, muß sich Wirtschaftsgeschichtsschreibung gerade auch in aktuelle Debatten einmischen, um wirtschaftstheoretische Zusammenhänge im empirischen Kontext fruchtbar zu machen und so den Spielraum und die Richtung möglicher Reformen auszuloten. Dabei genügt es oft schon, auf einfache Tatsachen hinzuweisen. Nicht Arbeit an sich ist in Deutschland zu teuer. Wohl aber ist der Anteil nicht qualifizierter Tätigkeiten am Arbeitsmarkt – ein Erbe des fordistischen Zeitalters – mit einem Drittel viel zu hoch, um in die Tätigkeitslandschaft einer immateriell produzierenden Wirtschaft zu passen. Aus Deutschland wird schwerlich ein Niedriglohnland werde. Die richtige Strategie ist vielmehr, diesen Sektor möglichst rasch zugunsten hoch qualifizierter Tätigkeiten weiter abzuschmelzen.

Eine deutsche Wirtschaftsgeschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts darf ihren Blick nicht so weit verengen, daß sie in Gefahr gerät, die Grundlinien des ökonomischen Geschehens und die ihm zugrunde liegenden Entscheidungen ausschließlich aus der inneren Logik theoretisch begründbarer wirtschaftlicher Sachzwänge entwickeln zu wollen. Dies gilt in besonderem Maße für die europäische und internationale Einbettung der deutschen Wirtschaft, die nach 1945 noch an Bedeutung zugenommen hat. Gerade die entscheidenden Weichenstellungen des europäischen Integrationsprozesses folgten weit weniger rationalem wirtschaftlichem Kalkül, als dies nach außen hin sichtbar wurde. Die Untersuchungsebene von Kontingenz und Ereignis muß deshalb auf der Suche nach den Determinanten der Wirtschaftsgeschichte ebensoviel Aufmerksamkeit beanspruchen wie die der Kontinuität und Struktur. Es ist in diesem Zusammenhang sicher kein Zufall, wenn Fragen der Sicherheitspolitik und der Rüstung in der deutschen (und europäischen) Wirtschaftsgeschichte viel Raum beanspruchen. Schließlich haben nicht wirtschaftliche Fakten dem Jahr 1945 den Charakter einer zivilisatorischen Epochenzäsur verliehen, sondern die Erfahrungen der apokalyptischen Wirkung atomarer Massenvernichtungswaffen, die die USA der Welt in Hiroshima und Nagasaki demonstriert haben.

Im Mittelpunkt der Themen, die neu auf die Agenda gerückt sind, steht die Frage der bis heute offenen Neuorientierung der deutschen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. In den siebziger Jahren scheiterte die Rückbesinnung auf Deutschlands Pionierrolle in der wissensbasierten Produktion und in der Neuen Wirtschaft an der Unfähigkeit der Akteure, das ambivalente Erbe des Wirtschaftswunders zu bewältigen. Es fehlte dazu nicht an Einsichten, sondern an Anreizen, den Weg des geringeren Widerstandes zu verlassen, um Organisation und Spielregeln der Wirtschaft neu zu justieren. Die Debatte darüber setzte erst wieder ein, nachdem die Nabelschau der Wiedervereinigung ihre Faszination verloren hatte und sich die Hoffnung, das Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre könnte sich auf

gesamtdeutscher Ebene wiederholen, als Illusion erwies. Nach so langer Stagnation der Reformanstrengungen halten viele die gegenwärtige Organisationsweise der Wirtschaft nicht mehr für angemessen, andere erkennen gerade in ihr den komparativen Vorteil, der die Wettbewerbsfähigkeit der Handelsnation Deutschland langfristig sichert. Es ist offensichtlich, daß die gegenwärtige Reformdebatte an dieser Frage nicht vorbeikommt.

Prof. Dr. Werner Abelshauer leitet den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bielefeld.

Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen „Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft“, 2003 und „Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945“, 2004.